

Besondere Bauverordnung I (Änderung)
Bauverfahrensverordnung (Änderung)
Abfallverordnung (Änderung)

(vom 4. April 2018)

Der Regierungsrat beschliesst:

- I. Es werden folgende Verordnungen geändert:
- a. die Besondere Bauverordnung I vom 6. Mai 1981,
 - b. die Bauverfahrensverordnung vom 3. Dezember 1997,
 - c. die Abfallverordnung vom 24. November 1999.
- II. Die Verordnungsänderungen treten am 1. Juni 2018 in Kraft. Wird ein Rechtsmittel ergriffen, wird über die Inkraftsetzung erneut entschieden.
- III. Gegen die Verordnungsänderungen und Dispositiv II Satz 1 kann innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten.
- IV. Veröffentlichung dieses Beschlusses, der Verordnungsänderungen und der Begründung im Amtsblatt.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:	Die Staatsschreiberin:
Markus Kägi	Kathrin Arioli

Besondere Bauverordnung I (BBV I)

(Änderung vom 4. April 2018)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Besondere Bauverordnung I vom 6. Mai 1981 wird wie folgt geändert:

Anhang zur Besonderen Bauverordnung I

2. Als Richtlinien und Normalien sind zu beachten

Ziff. 2.0–2.61 unverändert.

- 2.62 Richtlinie des Kantons Zürich, Behandlungsregel für verschmutzte Bauabfälle und Aushub- und Ausbruchmaterial im Hinblick auf die Verwertung, Ausgabe Februar 2017

Ziff. 2.7–2.9.2 unverändert.

3. Private Kontrolle

Der privaten Kontrolle werden hinsichtlich Projekt und Ausführung unterstellt:

Ziff. 3.1–3.9 unverändert.

- 3.10 (Fachbereich Entsorgung beim Bauen auf belasteten Standorten)

- a. die Bestimmungen über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen sowie über die Behandlung und Verwertung bestimmter Abfälle (Art. 30 ff. Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz, USG, Art. 9, Art. 16–20, Anhang 3 und 5 Verordnung vom 4. Dezember 2015 über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen, Art. 4 ff. und Anhang 1 Verordnung vom 22. Juni 2005 über den Verkehr mit Abfällen, Art. 15 Abs. 2 und 3 sowie Art. 52 Abs. 1 Freisetzungsverordnung vom 10. September 2008, § 1 Abs. 2 Abfallgesetz vom 25. September 1994),

lit. b unverändert.

- 3.11 (Fachbereich Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen)
- a. die Bestimmungen über die Ermittlung, Vermeidung und Entsorgung von Bauabfällen aus dem Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen (Art. 30 ff. USG, Art. 9, Art. 16–20, Anhang 3 und 5 Verordnung vom 4. Dezember 2015 über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen, Art. 4 ff. und Anhang 1 Verordnung vom 22. Juni 2005 über den Verkehr mit Abfällen, § 236 Abs. 1 und § 239 Abs. 2 PBG).

Bauverfahrensverordnung (BVV)

(Änderung vom 4. April 2018)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Bauverfahrensverordnung vom 3. Dezember 1997 wird wie folgt geändert:

Anhang zur Bauverfahrensverordnung

Besonderheiten des Vorhabens (der zu erstellenden oder von der Änderung betroffenen Baute oder Anlage)	Beantragende Stelle	Zum Entscheid zuständige Stelle	§ 8	§ 19
--	---------------------	---------------------------------	-----	------

1. Bauten und Anlagen in besonderer Lage

Ziff. 1.1–1.6 unverändert.

1.7 in Bezug auf belastete Standorte

Ziff. 1.7.1 unverändert.

1.72	auf einem Baugrundstück mit Pflanzenbeständen von asiatischen Knötericharten oder Essigbaum gemäss Art. 15 Abs. 3 der Freisetzungsverordnung vom 10. September 2008	AWEL (Fachstelle)	AWEL
------	---	----------------------	------

Ziff. 1.8 unverändert.

Abfallverordnung (AbfV)

(Änderung vom 4. April 2018)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Abfallverordnung vom 24. November 1999 wird wie folgt geändert:

Rückbau von
Bauten und
Anlagen

§ 3 a. ¹ Die Bauherrschaft teilt der örtlichen Baubehörde den Abbruch einer Baute oder Anlage rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten mit, auch wenn keine Baubewilligung nötig ist. Die Mitteilung enthält die Angaben nach Art. 16 Abs. 1 der Verordnung vom 4. Dezember 2015 über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen.

² Die Bauherrschaft weist der örtlichen Baubehörde auf deren Verlangen nach Abschluss der Arbeiten nach, dass die Abfälle entsprechend den Vorgaben entsorgt wurden.

Übergangsbestimmung zur Änderung vom 4. April 2018

§ 3 a findet Anwendung auf Abbrüche von Bauten und Anlagen, die nach Inkrafttreten angezeigt werden.

Begründung

A. Allgemeines

Mit der Ablösung der Technischen Verordnung über Abfälle vom 10. Dezember 1990 durch die Verordnung vom 4. Dezember 2015 über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA; SR 814.600) sind auf Bundesebene neue Rechtspflichten von Bauherrschaften zum Umgang mit Bauabfällen in Kraft getreten (Art. 16–20 VVEA). Gemäss Art. 3 Bst. e VVEA gelten als Bauabfälle sämtliche Abfälle, die bei Neubau-, Umbau- oder Rückbauarbeiten von ortsfesten Anlagen, insbesondere von Bauten und Verkehrswegen (vgl. Art. 7 Abs. 7 Umweltschutzgesetz vom 7. Oktober 1983 [USG; SR 814.01]), anfallen.

Gemäss Art. 16 Abs. 1 VVEA ist die Bauherrschaft bei Bauarbeiten verpflichtet, der für die Baubewilligung zuständigen Behörde im Rahmen des Baubewilligungsgesuchs Angaben über Art, Qualität und Menge der anfallenden Bauabfälle und über die vorgesehene Entsorgung zu machen, sofern voraussichtlich mehr als 200 m³ Bauabfälle anfallen oder Bauabfälle mit umwelt- oder gesundheitsgefährdenden Stoffen wie polychlorierten Biphenylen (PCB), polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK), Blei oder Asbest zu erwarten sind. Hat die Bauherrschaft ein Entsorgungskonzept im Sinne von Art. 16 Abs. 1 VVEA erstellt, muss sie der Baubewilligungsbehörde auf deren Verlangen nach Abschluss der Bauarbeiten nachweisen, dass die angefallenen Abfälle entsprechend den Vorgaben der Behörde entsorgt wurden (Art. 16 Abs. 2 VVEA). Art. 17 VVEA enthält Vorgaben zur Trennung von Bauabfällen, Art. 18–20 VVEA regeln den Umgang mit einzelnen Arten von Bauabfällen.

Die Erstellung des Entsorgungskonzepts richtet sich nach den Vorgaben des Bundes und dem Stand der Technik hinsichtlich Schadstoffermittlung, Sanierung und Entsorgung. Darin sind verwertbare Rückbaustoffe (insbesondere auch Gips), Fremd- und Störstoffe, welche die Verwertung beeinträchtigen, sowie schadstoffhaltige Fraktionen getrennt auszuweisen und in der Folge auch so zu entsorgen (vgl. Art. 17 VVEA, § 16a Abfallgesetz vom 25. September 1994 [LS 712.1] und die nach Anhang Ziff. 2.61 Besondere Bauverordnung I vom 6. Mai 1981 [BBV I; LS 700.21] für beachtlich erklärte Empfehlung SIA 430). Aus Art. 18 Abs. 1 Bst. c VVEA ergibt sich, dass invasive gebietsfremde Organismen (Neophyten) ebenfalls zu den Belastungen in Boden und Aushub zählen, für die Angaben nach Art. 16 VVEA zu erbringen sind.

Ziel der neuen Bestimmungen ist einerseits, die Verwertung von mineralischen Bauabfällen, einschliesslich Boden, zur Schonung von Ressourcen (Primärmaterial und Deponieraum) zu verstärken. Andererseits sollen in den Bauabfällen vorhandene Schadstoffe möglichst früh erkannt, Umwelt- und Gesundheitsrisiken, die mit dem Umgang mit schadstoffbelasteten Bauabfällen verbunden sind, gesenkt, und die Schadstoffe aus den Stoffkreisläufen beseitigt werden.

Im Kanton Zürich sind grundsätzlich die Gemeinden für die Prüfung der Angaben nach Art. 16 Abs. 1 VVEA zuständig (§ 2 lit. c Planungs- und Baugesetz vom 7. September 1975 [PBG; LS 700.1]). Da im Zusammenhang mit Schadstoffen wie Asbest, PCB, PAK oder Blei stets Spezialwissen erforderlich ist und die auf den Gemeinden zur Prüfung von Bauprojekten vorhandenen personellen Mittel knapp bemessen sind, hat die Baudirektion verschiedene von der heutigen Regelung abweichende Vollzugsmöglichkeiten eingehend untersucht. Sie ist zum Schluss gelangt, dass die private Kontrolle die wirksamste Vollzugs-

form für die bundesrechtlichen Vorgaben zum Umgang mit Bauabfällen aus dem Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen darstellt. Zugleich entlastet ihre Anwendung die Gemeinden deutlich. Die Prüfung der Einhaltung der massgeblichen Vorschriften soll daher der privaten Kontrolle unterstellt werden. Bereits mit Verfügung vom 23. März 2015 hatte der Vorsteher der Baudirektion im Rahmen der Festsetzung des Massnahmenplans der Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2015–2018 festgelegt, dass Schadstoffabklärung und Erstellung des Entsorgungskonzepts beim Rück- und Umbau mittels privater Kontrolle umzusetzen seien.

Zu diesem Zweck ist die BBV I anzupassen. Die wichtigste Änderung besteht darin, den Anwendungsbereich der privaten Kontrolle gemäss § 4 BBV I in Anhang Ziff. 3.11 BBV I auf die neuen Vorschriften zum Umgang mit Bauabfällen aus dem Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen auszudehnen. Eine Ergänzung der Abfallverordnung vom 24. November 1999 (AbfV; LS 712.11) soll sicherstellen, dass die bundesrechtlichen Vorgaben zum Umgang mit Bauabfällen auch beim Rückbau von Bauten und Anlagen, die nicht der Baubewilligungspflicht unterliegen (d.h. bei Abbrüchen ausserhalb der Kernzone ohne nachfolgenden Neubau), beachtet werden.

Darüber hinaus wird eine Änderung von Anhang Ziff. 2 BBV I erforderlich, in der Richtlinien und Normalien aufgeführt sind, die im Sinne von § 360 PBG beachtet werden müssen (§ 3 BBV I). Zudem wird Anhang Ziff. 1.72 der Bauverfahrensverordnung vom 3. Dezember 1997 (BVV; LS 700.6) angepasst.

B. Stellungnahme betroffener Kreise zu der Vorlage

Mit der Vorlage gehen keine Kompetenzverschiebungen oder neuen materiellen Verpflichtungen einher. Mit Schreiben vom 6. November 2017 lud die Baudirektion 16 besonders betroffene Fachstellen und Organisationen ein, zur Vorlage Stellung zu nehmen. Neben 14 Antworten von Angesprochenen gingen zwei weitere Stellungnahmen ein, die in der Auswertung ebenfalls berücksichtigt wurden.

1. Einführung der privaten Kontrolle im «Fachbereich Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen»

Die zur Stellungnahme Eingeladenen befürworteten die Einführung der privaten Kontrolle im «Fachbereich Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen»: 13 der 16 Stellungnahmen stimmen der Einführung der privaten Kontrolle vorbehaltlos zu, so namentlich der Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV) als Vertreter

der Bauverwaltungen und der Gemeindepräsidentenverband (GPV). Drei der Stellungnehmenden (Schweizerischer Baumeisterverband, Baumeisterverband Zürich-Schaffhausen und Infra Suisse) stimmen teilweise zu, wobei sich ihre Vorbehalte lediglich gegen Einzelheiten der Einführung der privaten Kontrolle richten (Zeitpunkt der Einreichung des Entsorgungskonzepts). Keine Stellungnahme spricht sich gegen die Einführung der privaten Kontrolle aus. Als Hauptargumente für eine Einführung der privaten Kontrolle bei Rück- und Umbauten werden die Unterstützung und Entlastung der kommunalen Bauverwaltungen genannt sowie dass damit die erforderliche Fachkompetenz gewährleistet sei. Überdies werde die private Kontrolle in anderen Fachbereichen seit Jahren erfolgreich eingesetzt.

Die Anwendbarkeit von Art. 16 VVEA und damit auch der privaten Kontrolle im «Fachbereich Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen» auf nicht baubewilligungspflichtigen Rückbau stösst auf breite Zustimmung. Einzig der Hauseigentümerverband des Kantons Zürich und die Vereinigung Zürcher Immobilienfirmen lehnen diesen Teil der Vorlage in der vorgesehenen Form ab bzw. fordern wenigstens die Einführung einer Bagatellgrenze. So soll Art. 16 VVEA keine Anwendung finden auf den Rückbau von Kleinbauten und -anlagen, deren Erstellung gemäss § 1 lit. a BVV nicht der Baubewilligungspflicht unterliegt. Die Baudirektion teilt dieses Anliegen. Die Anwendung der privaten Kontrolle bei Kleinbauten und -anlagen soll allgemein ausgenommen sein.

Bei der Erarbeitung der Vorlage war insbesondere der Zeitpunkt der Einreichung der Entsorgungskonzepte umstritten. Infrage kommt entweder die Eingabe zusammen mit dem Baugesuch oder dann vor Baufreigabe. Für letztere Lösung sprechen vorab wirtschaftliche Gründe aufseiten der Bauherrschaft, für erstere fachliche Überlegungen wie die frühe Kenntnis der Schadstoffbelastung und damit ein frühzeitiger Einbezug der diesbezüglichen Kostenbetrachtung und Finanzierung. Die zur Stellungnahme Eingeladenen wurden gebeten, sich ausdrücklich zu diesen zwei Möglichkeiten zu äussern. Eine grosse Mehrheit der Stellungnehmenden, insbesondere auch der VZGV und der GPV, ist der Auffassung, dass die Entsorgungskonzepte vor der Baufreigabe einzugeben seien. Eine Minderheit der Antwortenden hingegen, vorab die Vertreter der Bauunternehmer (Schweizerischer Baumeisterverband, Baumeisterverband Zürich-Schaffhausen und Infra Suisse) bevorzugen die Einreichung der Konzepte bei der Baugesuchseingabe. In mehreren Stellungnahmen wird schliesslich darauf hingewiesen, dass sich das Einreichen des Entsorgungskonzepts bereits mit dem Baugesuch empfehle, dieses der Baubehörde aber spätestens vor der Baufreigabe vorliegen müsse. Letzterem Ansatz ist zu folgen.

2. Vollzug bei Baugrundstücken mit biologischen Belastungen

Die Mehrheit der Stellungnehmenden stimmt dem Vorschlag, den Vollzug der Vorschriften über biologische Belastungen von Baugrundstücken durch den Kanton auf asiatische Knötericharten und den Esigbaum zu beschränken, vollständig oder teilweise zu. Auch der arv Baustoffrecycling Schweiz und der Fachverband für Kies- und Transportbetonwerke Zürich (FKB) begrüßen den Vorschlag, beantragen jedoch, dass für die restlichen, von Art. 18 Abs. 1 Bst. c VVEA erfassten Pflanzen eine anderweitige Regelung einzuführen sei. Der Schweizerische Baumeisterverband und der Baumeisterverband Zürich-Schaffhausen fordern eine Verschärfung der Vollzugspraxis mittels Einführung neuer Pflichten für den Unterhalt von Grundstücken. Da die Einführung neuer (Unterhalts-)Pflichten für Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer in Form eines formellen Gesetzes, also auf Gesetzesstufe, zu erfolgen hat, kann dieser Forderung im Rahmen der vorliegenden Verordnungsänderungen nicht nachgekommen werden.

An der vorgeschlagenen Einschränkung des kantonalen Vollzugs soll im Einklang mit der Mehrheit der Stellungnehmenden festgehalten werden. Dem Anliegen des arv und des FKB soll entsprochen werden: Vier Arten, von denen bekannt ist, dass sie vor allem durch das Transportieren von belastetem Boden verschleppt werden (Ambrosia, Riesenbärenklau, Schmalblättriges Greiskraut und Erdmandelgras), sind diesbezüglich zu beachten. Aushubmaterial, das mit diesen Neophyten belastet ist, soll künftig durch die Bauherrschaft bei der Abgabe deklariert werden, denn gemäss Art. 16 ff. VVEA ist die Bauherrschaft für richtige Angaben zur Entsorgung zuhänden der Behörde und des Abnehmers verantwortlich. Entscheidungshilfen und Deklarationsformulare, die der Unterstützung der Betroffenen dienen, sind bereits in Erarbeitung.

C. Bemerkungen zu den Änderungen des Anhangs der BBV I

Ziff. 3.10 und 3.11

Art. 16 Abs. 1 VVEA verlangt, dass die Baubewilligungsbehörde die von der Bauherrschaft erarbeiteten Angaben über die anfallenden Bauabfälle prüft. Soweit Aushubmaterial aus Bauprojekten auf belasteten Standorten stammt, liegt die Zuständigkeit für die Beurteilung gemäss Anhang Ziff. 1.7 BVV beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL). In diesem Bereich wurde die Prüfung der einzuhaltenden Bestimmungen bereits 2011 der privaten Kontrolle unterstellt (OS 66,806; ABI 2011, 2495). Nachdem die Technische Verordnung über Abfälle aufgehoben und durch die VVEA ersetzt wurde, ist die entsprechende Verweisung in Anhang Ziff. 3.10 BBV I nachzutragen.

Rühren die Bauabfälle hingegen vom Rück- oder Umbau von Bauten und Anlagen her, sind nach geltendem Recht die Gemeinden für die Beurteilung der diesbezüglichen Angaben der Bauherrschaft zuständig. Nach Anhang Ziff. 3.11 BBV I wird diese Aufgabe inskünftig ebenfalls durch befugte Fachleute wahrgenommen. Der privaten Kontrolle unterstehen die nach Art. 16 VVEA erforderlichen Entsorgungskonzepte zu Baugesuchen, die aus umweltrechtlicher Sicht als wesentlich eingestuft werden und die ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens von Anhang Ziff. 3.11 BBV I eingereicht werden. Das AWEL legt die entsprechenden Kriterien in einem Merkblatt fest. Als wesentlich werden gemäss heutigem Erkenntnisstand der Rückbau bei Bauten und Anlagen mit Baujahr vor 1990 sowie der Umbau bei Bauten und Anlagen mit Baujahr vor 1990 mit einer Bausumme ab Fr. 200 000 eingestuft. Da Tiefbauprojekte der öffentlichen Hand, in der Regel Strassenbauprojekte, nicht dem kommunalen Baubewilligungsverfahren unterliegen, ist hier die Einhaltung von Art. 16 VVEA im Rahmen der Projektfestsetzung nach Strassengesetz je nach Zuständigkeit durch den Regierungsrat, die Baudirektion oder den Gemeinderat zu prüfen.

Das genaue Vorgehen und die entsprechenden geordneten Geschäftsprozesse sind vom AWEL erarbeitet und in einem Ausführungskonzept beschrieben. Damit ist sichergestellt, dass die ausgelagerten Vollzugshandlungen durch Personen mit den erforderlichen Fachkenntnissen wahrgenommen und in vorgeschriebener, rechtsgleicher Art und Weise durchgeführt werden. Durch die Einführung der privaten Kontrolle im «Fachbereich Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen» werden die Gemeinden entlastet. Zudem wird ein kantonsweit rechtsgleicher Vollzug von Art. 16 VVEA gewährleistet, und es wird sichergestellt, dass der richtige Umgang mit umwelt- oder gesundheitsgefährdenden Stoffen wie Asbest, PCB und PAK durch befugte Fachleute überprüft wird.

Weil im Bereich des Rück- und Umbaus von Bauten und Anlagen teilweise die gleichen Bestimmungen wie beim Bauen auf belasteten Standorten zu berücksichtigen sind, werden Art. 30 ff. USG, Art. 9, 16–20 sowie Anhang 3 und 5 VVEA und Art. 4 ff. und Anhang 1 der Verordnung vom 22. Juni 2005 über den Verkehr mit Abfällen (SR 814.601) sowohl in Anhang Ziff. 3.10 als auch in Anhang Ziff. 3.11 BBV I erwähnt. In der Praxis hat es sich als sinnvoll erwiesen, dass Bauprojekte mit Aushubmaterial aus belasteten Standorten und solche mit schadstoffbelasteten Bauabfällen aus dem Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen von unterschiedlichen Fachleuten mit unterschiedlicher Ausbildung und Erfahrung geplant und ausgeführt werden. Es drängt sich daher auf, diese beiden Bereiche der privaten Kontrolle zu unterscheiden und die Anforderungen an die Erteilung der Befugnis für beide Bereiche gesondert festzulegen.

Mit Vorschriften über die Erschliessung von Grundstücken und über die sonstige Beschaffenheit von Bauten und Anlagen sieht auch das kantonale Gesetzesrecht gewisse Grundanforderungen an Bauvorhaben vor: Gemäss § 236 Abs. 1 PBG gilt ein Grundstück als erschlossen, wenn unter anderem die einwandfreie Behandlung von Abwässern, Abfallstoffen und Altlasten gewährleistet ist. Sodann schreibt § 239 Abs. 2 PBG vor, dass die verwendeten Materialien zu keinen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen dürfen und einwandfrei müssen entsorgt werden können; beim Abbruch von Bauten und Anlagen sind die Materialien im Hinblick auf eine einwandfreie Entsorgung zweckmässig zu trennen. Beim Fachbereich Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen (Anhang Ziff. 3.11 BBV I) sind die beiden Bestimmungen somit von grundsätzlicher Bedeutung und in der Folge ebenfalls der privaten Kontrolle zu unterstellen.

Es ist der Bauherrschaft überlassen, mit der Erarbeitung der nach Art. 16 Abs. 1 VVEA erforderlichen Angaben (Erstellen des Entsorgungskonzepts) sowie der Prüfung im Sinne von § 4 Abs. 1 BBV I zuhanden der Gemeinde eine Fachperson, die gleichzeitig über die Befugnis der privaten Kontrolle nach Anhang Ziff. 3.11 BBV I verfügt, oder zwei verschiedene Fachpersonen zu beauftragen. Mit Blick auf die Kosten empfiehlt es sich, dieselbe Fachperson mit beiden Aufgaben zu betrauen. In diesem Fall sind nämlich die Kosten, die der Bauherrschaft infolge der Einführung der privaten Kontrolle im «Fachbereich Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen» anfallen, vernachlässigbar. In zeitlicher Hinsicht haben die zuständigen Behörden Anhang Ziff. 3.11 BBV I auf Rück- und Umbau von Bauten und Anlagen anzuwenden, deren Baubewilligungsgesuche nach Inkrafttreten der Bestimmung eingereicht werden.

Ziff. 2.62

Die vom AWEL herausgegebene Richtlinie über den Umgang mit belasteten Bauabfällen wurde überarbeitet und liegt neu in der Ausgabe vom Februar 2017 vor. Die neue «Behandlungsregel für verschmutzte Bauabfälle und Aushub- und Ausbruchmaterial im Hinblick auf die Verwertung», Ausgabe Februar 2017, ist deshalb anstelle der bisherigen Richtlinie in Anhang Ziff. 2.62 BBV I aufzuführen. Ihr Anwendungsbereich erstreckt sich auf Bauvorhaben sowohl innerhalb als auch ausserhalb von belasteten Standorten.

D. Bemerkungen zur Änderung der kantonalen Abfallverordnung

Der Baubewilligungspflicht unterliegt lediglich der Abbruch von Gebäuden in der Kernzone (Umkehrschluss aus § 309 Abs. 1 lit. c PBG). Stets bewilligungspflichtig sind nach verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung die Modalitäten eines Abbruchs. So muss der Abbruch einer Baute ohne nachfolgenden Neubau gemäss § 327 Abs. 1 PBG der örtlichen Baubehörde gemeldet und dessen Modalitäten von dieser insbesondere mit Blick auf § 239 Abs. 2 PBG geprüft und bewilligt werden (Urteil des Verwaltungsgerichts VB.2014.00067 vom 10. Juli 2014, E. 2.6f.). Die Überprüfung und Bewilligung der Abbruchmodalitäten setzt voraus, dass die Bauherrschaft der örtlichen Baubehörde die nötigen Angaben zu den anfallenden Bauabfällen und deren geplanter Entsorgung macht. Art. 16 VVEA ist daher auch auf den Rückbau von Bauten und Anlagen anzuwenden, für den keine Baubewilligung erforderlich ist; dies gebietet auch der Zweck der Bestimmung. Eine Ergänzung der kantonalen Abfallverordnung mit einem neuen § 3a soll bezüglich Rückbau von Bauten und Anlagen, die nicht der Baubewilligungspflicht unterliegen, Klarheit schaffen und sicherstellen, dass die bundesrechtlichen Vorgaben zum Umgang mit Bauabfällen auch in diesen Fällen beachtet werden.

Der neue § 3a AbfV richtet sich an die Bauherrschaft. In Abs. 1 nimmt er die für Abbrüche von Bauten und Anlagen ohne nachfolgenden Neubau sinngemäss geltende Meldepflicht nach § 327 Abs. 1 PBG auf und hält fest, dass die Bauherrschaft mit der Meldung an die örtliche Baubehörde auch die nach Art. 16 Abs. 1 VVEA erforderlichen Angaben zu machen hat. Auch in diesen Fällen wird aufgrund von Anhang Ziff. 3.11 BBV I künftig die private Kontrolle greifen. Ausgenommen von dieser Meldepflicht – und damit auch von der privaten Kontrolle – bleibt der Rückbau von Kleinbauten und -anlagen nach § 1 BVV. § 3a Abs. 2 AbfV zufolge hat die Bauherrschaft der örtlichen Baubehörde auf deren Verlangen den Nachweis zu erbringen, dass die Bauabfälle nach ihren Vorgaben entsorgt wurden. Gemäss der Übergangsregelung haben die zuständigen Behörden § 3a AbfV anzuwenden auf den Rückbau, der nach Inkrafttreten der Bestimmung angezeigt wird.

E. Bemerkungen zur Änderung des Anhangs der BVV

Auf der Grundlage neuer Erkenntnisse soll der Vollzug der Vorschriften über biologische Belastungen durch den Kanton nach Anhang Ziff. 1.72 BVV auf lediglich zwei Neophyten, nämlich auf asiatische Knötericharten und den Essigbaum, eingegrenzt werden.

Ziel der Bestimmung von Anhang Ziff. 1.72 BVV als Konkretisierung von Art. 15 Abs. 3 der Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung, FrSV; SR 814.911) ist die Verhinderung der Verschleppung von Neophyten durch das Verschieben von biologisch belastetem abgetragenen Boden. Die in Anhang Ziff. 1.72 BVV bestehende Anknüpfung «in einem Perimeter mit biologischen Belastungen gemäss Art. 15 Abs. 3 der Freisetzungsverordnung, insbesondere Pflanzenbestände von asiatischen Knötericharten oder Essigbaum» stellt aufgrund der beispielhaften Auflistung und der Verweisung auf Anhang 2 FrSV, in dem weitere Pflanzen aufgeführt sind, eine nicht abschliessende Aufzählung dar. Eine Verschleppungsgefahr durch das Verschieben von abgetragenen Boden besteht hingegen hauptsächlich bei Pflanzen, die fortpflanzungsfähige Wurzeltteile bilden. Dies trifft auf asiatische Knötericharten und den Essigbaum zu. Bei den weiteren in Anhang 2 FrSV aufgelisteten Pflanzen steht hingegen die Verbreitung durch Samen im Vordergrund. Da sich eine zusätzliche Beurteilungspflicht durch den Kanton (AWEL) für Standorte mit den weiteren in Anhang 2 FrSV aufgeführten Pflanzen als unzweckmässig und damit unverhältnismässig darstellt, ist die Aufzählung auf asiatische Knötericharten und den Essigbaum zu begrenzen. Diese Eingrenzung ist sachlich gerechtfertigt und dient zugleich der Rechtssicherheit. Eine gewisse Verschleppungsgefahr besteht durch das Verschieben von abgetragenen Boden bei der Ambrosia, dem Riesenbärenklau, dem Schmalblättrigen Greiskraut und dem Erdmandelgras. Eine Verhinderung der Weiterverbreitung dieser Neophyten soll mittels der zur Umsetzung von Art. 16–19 VVEA erforderlichen Deklarationspflicht durch die Bauherrschaft sichergestellt werden.

F. Finanzielle Auswirkungen

Es sind keine Mehrkosten aufgrund der Ordnungsänderungen zu erwarten.

G. Regulierungsfolgeabschätzung

Die Prüfung der Verordnungsänderungen im Sinne von § 1 in Verbindung mit § 3 des Gesetzes zur administrativen Entlastung der Unternehmen (LS 930.1) bzw. § 5 der Verordnung zur administrativen Entlastung der Unternehmen (LS 930.11) ergibt, dass für Unternehmen keine administrativen Mehrbelastungen geschaffen werden.